Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 18 (1998)

Heft: 36

Artikel: Geoökonomie und neuer Arbitragekapitalismus : Raum- und Zeitregime in postsozialistischen Transformationsprozessen

Autor: Altvater, Elmar

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652177

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 22.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Elmar Altvater

Geoökonomie und neuer Arbitragekapitalismus

Raum- und Zeitregime in postsozialistischen Transformationsprozessen

Die Arbeitsteilung zwischen Extraktions- und Produktionsökonomien ist ein vorherrschender Charakterzug der modernen kapitalistischen Produktionsweise. Schon im berühmten Beispiel Ricardos von den komparativen Kostenvorteilen und deren segensreicher Wirkung für den Wohlstand der Nationen hatten wir ein Rohstoffland (Portugal, das ein Naturprodukt, nämlich Wein anbot) und ein Industrieland (England, das ein verarbeitetes Produkt, nämlich Tuch auf den Markt brachte). Die Trennung von Extraktion und Produktion ist heute weitgehend identisch mit der Arbeitsteilung zwischen industrialisierten Metropolen und weniger entwickelter Peripherie. Wenn dies nicht als zufällig hingenommen werden soll, muß der Frage nachgegangen werden, warum Extraktionsökonomien nicht jene Entwicklungsbahnen einschlagen können, die Produktionsökonomien zu nehmen in der Lage sind.

Doch heute müssen zumindest zwei weitere Formen ökonomischer Aktivitäten berücksichtigt werden, wenn die Arbeitsteilung der globalisierten Wirtschaft untersucht wird. Neben Extraktion und moderner Industrieproduktion für den Weltmarkt expandieren informelle Formen des Wirtschaftens von der häuslichen Subsistenzwirtschaft bis zum organisierten Schmuggel und kriminellen Drogenhandel. Besonders wichtig aber sind ökonomische Aktivitäten, die sich im wesentlichen in der Zirkulationssphäre abspielen und die vor allem Preis- und Zinsdifferentiale, Bewegungen von Aktien- und Wechselkursen in Raum und Zeit in mehr oder weniger großem Stil ausnutzen. Die letztgenannten ökonomischen Aktivitäten in der monetären Zirkulation haben in Zeiten der Globalisierung größere, ja überwältigende Bedeutung erlangt. Sie könnten (zunächst versuchsweise) unter der Bezeichnung *„Arbitragekapitalismus"* subsumiert werden. Arbitragegeschäfte sind Käufe und Verkäufe von Waren, Geld und Kapital, um dabei Preisdifferenzen *im Raum* oder erwartete Preisveränderungen *in der Zeit* auszunutzen. Arbitrage wird deswegen auch die Eigenschaft zugesprochen, ausgleichend zu wirken und Risiken abzufangen („hedging"). Doch das Gegenteil geschieht, insbesondere wegen der extremen *Kurzfristigkeit* von Arbitragegeschäften und daher ihrer hohen „Volatilität", also Schwankungshäufigkeit und -breite der Preise, Zinsen und Wechselkurse. Langfristige ökonomische Entscheidungen (z.B. über reale Investitionen) und realwirtschaftliche Tendenzen (Produktivitätszuwachs oder Beschäftigung) sind häufig negativ betroffen.

Wie instabil und krisenhaft gerade diese Form kapitalistischer Reproduktion sein kann, haben die Krisen in Mexiko 1994/95, in Asien seit 1997, in Rußland 1998 und in vielen anderen, auch mittel- und osteuropäischen

Ländern gezeigt. Die Finanzspekulation hat zur Abwertung betroffener Währungen geführt und harte Anpassungen an die Bedingungen der globalen Finanzmärkte erzwungen, die für die anderen Dimension des Wirtschaftens – von der Extraktion zur Produktion – und für die soziale Lage der Menschen beträchtliche Konsequenzen tragen; darauf wird noch zurückzukommen sein. Grund für den Aufschwung der Finanzspekulation sind die Deregulation von Märkten, die Liberalisierungsmaßnahmen und die Privatisierungstendenzen – nicht nur in Mittel- und Osteuropa, sondern vor allem auch in Lateinamerika, wo sie in großem Stil im vergangenen Jahrzehnt durchgeführt worden sind.

Die zentrale Bedeutung von Arbitrage im Kapitalismus des ausgehenden 20. Jahrhunderts hat sich bei der Vergabe des Nobel-Preises für Ökonomie an die beiden amerikanischen Ökonomen Myron Scholes und Robert Merton gezeigt. Ihr Beitrag zur ökonomischen Theoriebildung besteht vor allem in der Entwicklung einer formelgestützten Software zur Ausnutzung kleinster Differentiale bei Aktien- und Wechselkursen oder Zinsen in Raum und Zeit, sofern diese durch Abweichung von einem unterstellten historischen Trend entstehen.[1] Als dieser historische Trend in der Finanzkrise 1997/98 gebrochen wurde, ist der Spekulationsfonds („Hedge fund"), für den die Nobelpreisträger arbeiten, mit vielen Milliarden US$ Verlusten an den Rand des Zusammenbruchs geraten.[2]

Die Flüsse von Waren und Kapital haben ihre lokale und regionale Begrenztheit längst überwunden und globale Reichweite erlangt. „Standorte" befinden sich im Wettbewerb mit allen anderen Standorten auf dem Globus, und folglich sind Arbitrageaktivitäten heute wichtiger als in den Zeiten vor der Deregulierungsoffensive seit Mitte der siebziger Jahre. Zwar begann die Deregulierung bereits im Zusammenhang mit dem Abbau des Bretton-Woods-Systems und wurde am Ende der siebziger Jahre durch die konservativen Wahlsiege in Großbritannien und in den USA verstärkt, ist aber nach dem Fall der Berliner Mauer nochmals beschleunigt worden. In den folgenden Ausführungen geht es um Wirkungen der Öffnung Mittel- und Osteuropas bzw. der Integration der ehemals „real-sozialistischen" Ökonomien in den Weltmarkt. Dabei wird sich zeigen, daß die schon angedeutete Unterscheidung zwischen Extraktion, Produktion, Arbitrage zentral ist, aber analytisch produktiv (auch im Hinblick auf politische Schlußfolgerungen) nur gewendet werden kann, wenn explizit die Koordinaten von Raum und Zeit berücksichtigt werden.

Hybride Formen der kapitalistischen Produktionsweise

Die entwickelteren Gesellschaften „zeigen" den „Nachzüglern" ihr Konsum- und Produktionsmuster (*„demonstration effect"* – Poznanski 1995); und die jeweiligen Eliten in den weniger entwickelten Ländern ahmen nicht nur den westlichen Lebensstil nach, den sich freilich die breiten Massen in einem weniger entwickelten Land (in diesem Fall Mittel- und Osteuropas) in der Regel nicht leisten können. Dieser Demonstrationseffekt ist mögli-

cherweise „the single most important destabilizer of communist countries" (Poznanski 1995, 21) gewesen. Dieses Argument ist wegen der räumlichen Nähe der mittel- und osteuropäischen Länder zu den reichen westeuropäischen „Konsumgesellschaften" nicht von der Hand zu weisen. Die geographische (und kulturelle) Nähe verstärkt somit den Demonstrationseffekt. Doch worin besteht er, was wird „demonstriert"? Es handelt sich offensichtlich von westlicher Seite in der Regel nicht um ein schlichtes *„window dressing"* (von der Rolle West-Berlins als „Schaufenster des Westens" während des Kalten Krieges einmal abgesehen). Der Effekt kommt vielmehr mit Hilfe harter Marktmechanismen in der Konkurrenz zustande. Vor der Öffnung Mittel- und Osteuropas war schon seit Beginn der achtziger Jahre offensichtlich, daß der in den fünfziger Jahren deklarierte „Systemwettbewerb" zu Gunsten der westlichen Welt ausgehen würde, auch wenn wegen des Rüstungswettlaufs die USA Terrain an ihre westlichen Konkurrenten (Westeuropa, Japan) abgeben mußten.[3] Nach der Öffnung Mittel- und Osteuropas sind wettbewerbsfähige kapitalistische Unternehmen dabei, die Märkte Mittel- und Osteuropas zu erobern und nutzen dabei nicht zuletzt das positive Bild der „westlichen Produkte", die überlegene Finanzkraft und Logistik, um Wettbewerber aus Mittel- und Osteuropa beziehungsweise der ehemaligen Sowjetunion selbst auf „ihren" Märkten zu verdrängen.

Aber nicht nur die Gleichzeitigkeit der westlich-kapitalistischen und östlich-real-sozialistischen Entwicklungsbahn und der stetige Vergleich im „Systemwettbewerb" ist von Belang. Die Öffnung Mittel- und Osteuropas ist ein Aspekt eines viel umfassenderen Prozesses, nämlich der (systemischen) Transformation[4] und der Integration in den Weltmarkt. Wenn man diesen Prozeß analysieren will, können Raum- und Zeitkoordinaten nicht außer Acht gelassen werden. *Erstens* wächst in den neunziger Jahren der Welthandel nicht mehr in dem hohen Tempo wie während des *„golden age"* der Kapitalakkumulation bis zur Mitte der siebziger Jahre. Folglich sind die Märkte in den neunziger Jahren mehr umkämpft als in den Jahrzehnten zuvor. Dies bedeutet, daß neue Wettbewerber aus Transformationsgesellschaften heute größere Schwierigkeiten haben als die neu-industrialisierten Länder (vor allem in Südost- und Ostasien) in den vergangenen Jahrzehnten, selbst wenn man unterstellt, sie seien technisch und hinsichtlich Design und Produktqualität auf der Höhe der Zeit.

Darüber hinaus bedeutet *zweitens* ein Regime flexibler Wechselkurse bei voller Konvertibilität der Währungen, daß sich Weltmarktschocks direkt in der nationalen Ökonomie bemerkbar machen. Der „Schutzmechanismus" des Wechselkurses kann seine Wirkung nicht entfalten; flexible Wechselkurse setzen bei voller Konvertibilität der Währungen und massiven und (gegenüber der Leistungsbilanz) autonomen Kapitalbewegungen nationalstaatliche Währungsräume erratischen Schocks des Weltmarkts aus. Die destabilisierenden Wirkungen der Arbitrage schlagen also voll auf die realwirtschaftlichen Prozesse durch. Die Notwendigkeit der Währungsstabilisierung überlagert unter den genannten Bedingungen alle anderen Poli-

tikoptionen, deren Verfolgung für ein Gelingen des Transformationsprozesses notwendig wäre. Gerade die Finanzkrisen in Mexiko 1994 und in Asien, Rußland und Lateinamerika 1997/98 haben gezeigt, daß die Politik des *„free your markets and strengthen your money"* (Krugman 1995, 28ff.) einen wirtschaftspolitischen Erfolg keineswegs garantiert. Die brutale Abwertung wichtiger asiatischer Währungen macht Anstrengungen zur Hebung der lokalen Konkurrenzfähigkeit in anderen Weltregionen zunichte, oder sie provoziert währungspolitische Antworten, also eine Abwertung der je nationalen Währung. Dies löst die Gefahr eines allgemeinen Abwertungswettlaufs und einer deflationären Spirale aus.[5]

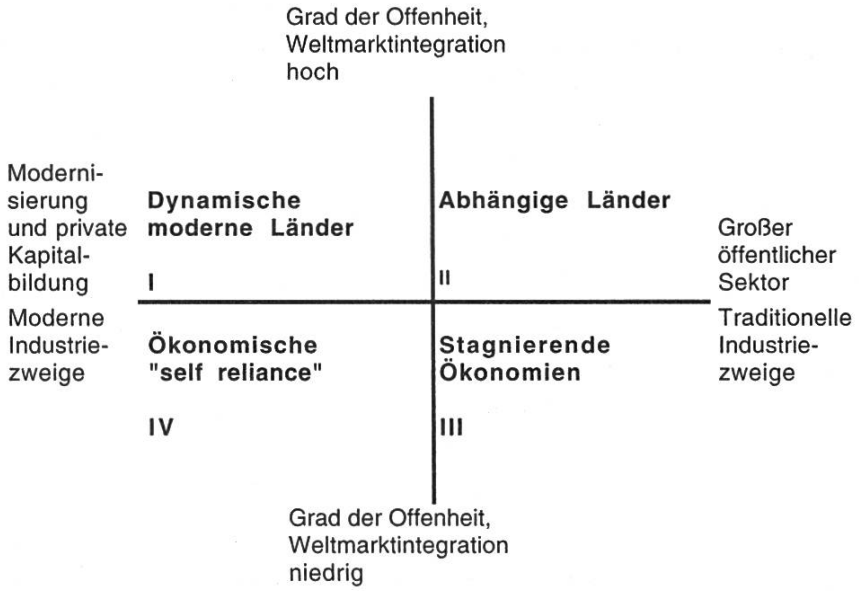
Darüber hinaus haben *drittens* sowohl Deutschland als auch Japan in den fünfziger und sechziger Jahren und später die „newly industrializing countries" (NICs) in Asien und Lateinamerika von den ökonomischen Konsequenzen der „kommunistischen Bedrohung", das heißt von der Konfrontation der Blöcke und der Bildung einer „heiligen Allianz des Antikommunismus" unter der Hegemonie der Vereinigten Staaten von Amerika, profitiert: beispielsweise durch Wirtschaftshilfe oder den erleichterten Zugang zu Märkten. Gerade diese besonders günstige Konstellation ist paradoxerweise durch die „samtene Revolution" in Mittel- und Osteuropa und durch die Auflösung des sowjetischen Imperiums beendet worden. Das Ende der – tatsächlichen oder eingebildeten – sozialistischen Herausforderung für die kapitalistische Welt hat *viertens* die Verbreitung neoliberaler Denkmodelle beflügelt und daher zum Triumph einer Politik der Förderung des reinen und ungehemmten Marktmechanismus beigetragen. Dies hatte aber auch zur Folge, daß sich nationalstaatliche und supranationale oder internationale politische Institutionen aus der Regulation des globalen Wettbewerbs weitgehend zurückgezogen und einen deregulierten freien Weltmarkt geschaffen haben, auf dem die Rentabilität des Kapitals (der *„shareholder value"*) die *„benchmark"* für wirtschaftliche und politische Entscheidungen geworden ist und soziale, ökologische und politische Ziele der Entwicklung dahinter verblassen. Spielen aber nur Rentabilitätsüberlegungen für Ort und Fristigkeit von Kapitalanlagen eine Rolle, gehen gerade jene Regionen und Länder „leer" aus, das heißt, sie werden von den internationalen Geldkapitalströmen gemieden, die sie für die Finanzierung von Entwicklungsprojekten besonders nötig hätten.[6]

Neben den *„exogenen"* Bedingungen müssen auch eher *„endogene"* Faktoren berücksichtigt werden, die die Entwicklung im Sinne westlich-orientierter Modernisierung, also auch die Transformation behindern können. Dies ist bei „struktureller Heterogenität" (vgl. Cardoso/ Faletto 1977) der Fall, wenn kohärente ökonomische, soziale und politische Strukturen, die die Voraussetzungen der Modernisierung bilden, nicht zustande kommen (vgl. auch Altvater/Mahnkopf 1996, 77-108). Ganz ähnlich argumentierend hat die Regulationstheorie (Demirovic 1992) gezeigt, daß ein Mindestgrad dynamischer Kompatibilität gewährleistet sein muß – zwischen Wirtschaftszweigen, bei der Verwendung des Sozialprodukts für Konsum und Investitionen (um die zeitliche Kontinuität der Akkumulation

zu gewährleisten), im Verhältnis von Produktivitätssteigerung und Lohnsteigerung, in der Verteilung zwischen Löhnen und Profiten, in der Zirkulationssphäre zwischen Geldnachfrage und Güterangebot, im gesellschaftlichen Verhältnis zur Natur –, damit die „fordistische Wachstumsmaschine" *Tempo gewinnt* und dieses in der Zeit zu halten vermag.[7] Die Regulation des Geldes bestimmt obendrein die Position eines gegebenen Landes in der globalen Währungskonkurrenz. Da alle diese ökonomischen Beziehungen einen sozialen Gehalt haben und in einem Koordinatensystem von Raum und Zeit stattfinden, lassen sie sich nur realisieren, wenn ein sozialer und politischer Kompromiß zustande kommt. Dieser muß in den institutionellen Strukturen der Machtbeziehungen einer Gesellschaft sozusagen „eingeschrieben" sein, damit die Regulation reibungslos verläuft und im Akkumulationsprozeß nicht durch inkohärente soziale und ökonomische Verhältnisse Reibungen erzeugt werden.

Demnach kann Entwicklung als ein doppelter Prozeß von „endogener" Modernisierung und „exogener" Öffnung zu externen Märkten, das heißt als Integration in das kapitalistische Weltsystem verstanden werden. Was für Entwicklung allgemein gilt, trifft auch auf die „Transition" in Mittel- und Osteuropa zu. Wie bereits bemerkt wurde, ist die „transition" nur als Transformation der Gesellschaften und gleichzeitige Integration in das globale System zu verstehen. Es sind im Prinzip vier Kombinationen der internen Modernisierung (Transformation) und der externen Öffnung beziehungsweise Integration in den Weltmarkt möglich. Jede dieser Kombinationen steht für eine bestimmte *Verortung* der jeweiligen Gesellschaft im *Raum* des kapitalistischen Weltmarkts.

Schaubild 1: Modernisierung und Weltmarktintegration von Transformationsgesellschaften



Die vier Quadranten in Schaubild 1 skizzieren die logischen Möglichkeiten von innerer Transformation und äußerer Integration. Der wahrscheinlichste

Entwicklungsweg befindet sich im Quadranten II und III insbesondere dann, wenn die in allen osteuropäischen Ländern in Angriff genommene Privatisierung nur langsam und widersprüchlich vorankommt und ein vergleichsweise großer öffentlicher Sektor die Wirtschaftsstruktur der Transformationsökonomien auch weiterhin bestimmt. Der Quadrant I enthält jene eher unwahrscheinlichen Fälle einer Kombination von erfolgreicher interner Modernisierung und externer Weltmarktintegration infolge eines hohen und effizienten Engagements privaten Kapitals. Unter den obwaltenden Bedingungen der Globalisierung – vor allem wegen der Bedeutung von Arbitragaktivitäten – ist dieser Quadrant kaum erreichbar; die *Transition* zu einer Gesellschaft mit „OECD-Profil" findet also nicht oder allenfalls in sehr langen Fristen statt, in denen sich aber auch das OECD-Profil ändert. Dies ist ein Grund dafür, daß der Entwicklungsweg in Richtung des Quadranten IV führt. Auf diesen möglichen Entwicklungspfaden kommen nur Hybridformen kapitalistischer Entwicklung zustande, deren „Gesicht" heute noch nicht klar erkennbar ist. Es war eine große Illusion zu glauben, durch eine Art „big bang" eines „heterodoxen Schocks" aus dem Hut des *„bad boys socialism"* einen *„good girls capitalism"* herauszuzaubern. Die „transition" vom „there" zum „here" stellt sich als Komplex von Transformationsprozessen (im Plural) sozialer, politischer und ökonomischer Formen heraus, von den Änderungen des individuellen Habitus, der Sozialkultur und des gesellschaftlichen Naturverhältnisses ganz abgesehen. Diese Prozesse haben teilweise unterschiedliche Zeitrhythmen, die miteinander konfligieren (Tatur 1998, 343; Offe 1994).

Dies war in der Geschichte des Kapitalismus niemals anders. Die Marxsche Begründung für den Nutzen, den der deutsche Leser bei der Kapital-Lektüre hat, obwohl doch das seinerzeit entwickelte England die Vorlage bot, es werde „seine Geschichte" erzählt („De te fabula narratur" – MEW 23, 12), hat nur ihre Berechtigung in bezug auf die allgemeinen Formbestimmungen der kapitalistischen Produktionsweise, nicht in bezug auf den „historischen Kapitalismus". Denn schon in Frankreich oder Deutschland, geschweige denn in Rußland, vollzog sich die kapitalistische Entwicklung ganz anders als in England: unter Bedingungen des Protektionismus und nicht des Freihandels, mit aktiver staatlicher Förderung von „infant industries" etc. Warum soll dies im Fall der Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa anders sein? Hybridformen sind wahrscheinlicher als die – versprochene und daher erwartete – „reine" Form westlicher Modernität. Nur eines haben die „Big-bang"-Maßnahmen in Mittel- und Osteuropa (beispielsweise von Balczerowicz in Polen oder von Gaidar in Rußland) bewirkt: Sie haben die Reformmaßnahmen unwiderrufbar gemacht (also einen „lock in effect" ausgelöst). Der Weg zurück ist folglich in überschaubaren historischen Zeiträumen ausgeschlossen. Wohin der Weg nach vorn führt, ist jedoch durchaus offen. Dennoch ist es sinnvoll, die Wege einer vorwiegend auf Extraktionsprozessen basierenden Ökonomie, einer Produktionsökonomie und einer Ökonomie, in der sich die Wirtschaftssubjekte auf Arbitragetätigkeiten konzentrieren, eingehender zu untersuchen.

Die Transformation von Extraktionsökonomien oder die Entwicklungsbahn der Abhängigkeit

Unter „normalen" Bedingungen der Akkumulation, das heißt, wenn diese durch die Gesetze des Freihandels reguliert wird, ist eine auf Extraktion von Rohstoffen beruhende Ökonomie zur „Unterentwicklung"[8] verdammt, während der Prozeß der Umwandlung extrahierter Rohstoffe und Energieträger in Industrieprodukte unter Nutzung von produktionsbezogenen Dienstleistungen in einer Produktionsökonomie qualifizierte Beschäftigungsfelder und Wohlstand schafft. Die zentrale Frage der traditionellen Entwicklungstheorie zielte auf die Möglichkeiten von Extraktionsökonomien, industrielle Produktionsstrukturen zu entwickeln. Diese sollten sie dazu befähigen, am vorteilhaften (nationalen und internationalen) Handel mit Industrieprodukten teilzunehmen und auf diese Weise der Abhängigkeit zu entgehen.

Der Widerspruch zwischen entwickelten und weniger entwickelten, zwischen hoch verschuldeten und weniger verschuldeten Ländern in der Weltwirtschaft ist keine Konsequenz der geographisch ungleichen Verteilung von Naturressourcen. Es gibt keine Korrelation zwischen reicher Ausstattung mit natürlichen Ressourcen und positiven Perspektiven der Modernisierung. Im Gegenteil verfügen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts industrielle Produktionsökonomien in der Regel keineswegs über reichhaltige Naturressourcen.[9] Die Transformation der mineralischen, landwirtschaftlichen und energetischen Ressourcen in Güter und Dienstleistungen, die das „fordistische" Modell von Produktion und Konsumtion definieren (und daher deren „demonstration effect") ist nicht an den Ort gebunden, an dem die Ressourcen vorkommen. Denn Transport- und Kommunikationskosten spielen aufgrund einer Fülle von Faktoren (vgl. Bologna 1998; Altvater/Mahnkopf 1996) keine Rolle, und daher ist der konkrete Standort nicht mehr gegen die „interplace competition" (Harvey 1996, 299) innerhalb des weltwirtschaftlichen Raums geschützt. Andere Faktoren als die natürliche Ausstattung mit Rohstoffen sind wichtiger für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Ich werde auf diese Frage im nächsten Abschnitt zurückkommen.

Extraktion und Produktion sind also geographisch voneinander weitgehend getrennt. Der natürliche Ort der Ressourcen ist fast unbedeutend für Standortentscheidungen über die Errichtung von Produktionsstätten zur Verarbeitung der Ressourcen. Wenn sie exportiert werden, wird der konkrete Standort des Extraktionsprozesses in ein Moment des „abstrakten Raums" der globalen kapitalistischen Akkumulation verwandelt. Dieser Sachverhalt findet seinen Ausdruck in der Energiepolitik der Industriestaaten. In den siebziger Jahren wurden nach dem sogenannten „Ölschock" von 1973 Energiereserven (im Rahmen der Internationalen Energie-Agentur – IEA) aufgebaut, materiell verfügbare Tanklager. Heute geht es darum, die Versorgung des Weltmarkts mit Energieträgern aus möglichst vielen Exraktionsorten sicherzustellen. Fällt die eine Region aus (z.B. Irak), können

andere Regionen (z.B. Nigeria, Nordsee, Saudi-Arabien etc.) das fehlende Angebot kompensieren. Damit der Markt so funktioniert, müssen möglichst viele Anbieter auf den Weltmarkt drängen. Die Öffnung der rohstoffreichen Länder wie Rußland oder der zentralasiatischen und Kaukasus-Staaten ist unter diesem Aspekt betrachtet ein Segen für die industrialisierten Verbraucherländer der energetischen (und mineralischen) Ressourcen. So fungieren die Ölquellen des Mittleren Ostens oder des Kaspischen Meeres und Zentralasiens wie „Tankstellen", wo die Industrieländer (Japan oder die Europäische Union und in zunehmendem Umfang auch China) ihren Energiehunger stillen.

Die Erzminen in verschiedenen Weltregionen (von Australien bis Carajàs im brasilianischen Amazonien oder in Sibirien) oder die Hölzer Finnlands, Malaysias oder Sibiriens sind wie Lagerstätten, wo Firmen der industrialisierten Länder Ressourcen zu günstigen Preisen erwerben können. Folglich ist der konkrete Standort nur bedeutsam als Lokation im globalen Raum, deren einzig relevanter Charakterzug der Preis ist, zu dem die jeweilige Ressource angeboten wird. Die Parameter des konkreten Ortes der Extraktion werden vom abstrakten Raum kapitalistischer Preisbildungsprozesse bestimmt. Das Zusammenspiel einer beträchtlichen Reduktion der Transportkosten, schneller Kommunikation und höchst flexibler Kapitalbewegungen beeinflußt die Dynamik der globalen Arbeitsteilung weit mehr, als es die konkrete Verortung natürlicher Ressourcen vermag.

Dies ist ein Grund, weshalb die ökonomischen und politischen Entwicklungsbahnen von Produktions- und Extraktionsökonomien so verschieden, ja widersprüchlich sind. Das Freihandelstheorem verspricht Handelsgewinne für alle Teilnehmer am Welthandel, so lange sie Produktion und Handel auf jene Produkte konzentrieren, für die sie komparative Kostenvorteile aufweisen. Länder, die mit reichen landwirtschaftlichen, mineralischen und energetischen Rohstoffen ausgestattet sind, sollten demnach ihre ökonomischen Aktivitäten auf deren Extraktion konzentrieren. Die Gesetze des Welthandels konservieren also die Beziehung, während die politische Strategie dahin geht, das Rohstoffland in ein Industrieland zu verwandeln, um am höchst lukrativen Austausch von Industrieprodukten teilnehmen zu können.

Doch die Spezialisierung auf die Extraktion von Rohstoffen hat negative Wirkungen auf gesellschaftliche Entwicklung, politische Stabilität, ökologische Nachhaltigkeit und sogar auf ökonomische Effizienz; dies ist umfänglich am Beispiel des rohstoffreichen Amazoniens gezeigt worden (vgl. Bunker 1985; Altvater 1987). In den meisten Fällen werden die größeren Anteile des natürlichen Reichtums in die Industrieländer transferiert, wo die Ressourcen zu Industrieprodukten „veredelt" werden. Dies ist aber nur eine Seite des Prozesses. Die andere Seite wird beleuchtet, wenn wir der Inwertsetzung extrahierter Ressourcen folgen. Sie beginnt am Ort der Förderung bzw. des Anbaus von Rohstoffen, kann aber nur im globalen Raum vervollständigt werden und in harten Devisen die Erfüllung finden. Der Inwertsetzungsprozeß umfaßt verschiedene Stufen: von der Explorati-

on zur Identifikation verwertbarer Ressourcen, zur Trennung von weniger wertvollen oder wertlosen Ressourcen bis zur Verwandlung in Ware und schließlich in Geld. Der abschließende Schritt der Verwandlung natürlicher Ressourcen in Geld beeinflußt die Logik des Handelns und der Entscheidungen auf allen anderen Stufen dieser „Inwertsetzungskette" (vgl. dazu ausführlich Altvater/Mahnkopf 1996, 376-383). Im Verlauf dieses Prozesses werden die Ressourcen von einem konkreten geographischen Ort, wo die Ressource vor allem Gebrauchswert ist, in den ökonomischen Raum, zum Weltmarkt (wo die Ressource vor allem Tauschwert ist) transloziiert.

Die Inwertsetzung der Rohstoffe auf dem Weltmarkt wird von all jenen Faktoren beherrscht, die die Terms of trade oder die Kapitalkosten (Zinsen und Wechselkurse) beeinflussen. Doch haben diese marktmäßigen Bestimmungsfaktoren politische Dimensionen. Gerade im globalen Rohstoffsektor sind *geopolitische* Interessen (allerdings im Interesse der Funktionsweise der kapitalistischen *Geoökonomie*) von Bedeutung. Denn *erstens* eröffnen die Verbindungen vom lokalen Ort zum globalen Raum die Möglichkeit, die gegenläufigen monetären Flüsse vom Raum zum Ort „anzuzapfen". Es entstehen Rentiersklassen („rent seeking classes"), die mit transnationalen Unternehmen, die im globalen Raum operieren, zusammenarbeiten. Bestechung, Erpressung und die politische Absicherung von bloßen Renteneinkommen werden unter diesen Bedingungen bedeutsam (vgl. Transparency International 1997) und stärken Gruppen, die an der Überwindung dieses Zustands kein Interesse haben.

Zweitens und entscheidend ist freilich der Sachverhalt, daß Rohstoffe an einem konkreten Ort erzeugt oder extrahiert werden müssen; nur in bescheidenen Grenzen lassen sie sich in space labs oder in Treibhäusern klima- und ortsungebunden produzieren. Daher verlangt deren Inwertsetzung unbedingt nach einer Transportinfrastruktur, die die Rohstoffe dem Weltmarkt verfügbar macht. Die Infrastruktur freilich ist ans Territorium gebunden: Straßen, Häfen, Pipelines, selbst Flughäfen. Das Territorium ist aber selbst in Zeiten der Geoökonomie und der Globalisierung immer noch eine entscheidende politische Machtressource der Staaten. Auch wenn die politische Souveränität von Staaten über das demarkierte Territorium anerkannt wird, können politische und wirtschaftliche Interessen um die Inwertsetzung des Territoriums, das heißt um die Ausbeutung von Ressourcen, streiten, zumal dort, wo die „Claims" noch nicht definitiv abgesteckt sind, z.B. in Zentralasien und in der Kaukasusregion. Dort können sich sehr leicht ökonomische Interessen an der Inwertsetzung in politische Gegensätze transformieren, die sich bis zum bewaffneten Konflikt zuspitzen. Die Frage der Trassierung von Pipelines etwa hat in den jüngsten Konflikten in der Kaukasusregion und in Zentralasien eine wichtige Rolle gespielt (Kreikemeyer 1998; Müller 1998). In Extraktionsökonomien ist der Optimismus Edward Luttwaks (1993), daß in der „Geoökonomie" ohne Grenzen Konkurrenz zwar zunehme, aber Konflikte und Kriege dysfunktional würden, keineswegs angebracht. Denn Rohstofflager haben konkrete Koordinaten des Ortes, des Territoriums, und dieses ist Gegenstand konkurrierender,

politischer Mächte, die die Koordinaten interessegeleitet zu verschieben trachten.

Die Transformation von Produktionsökonomien oder: globale Hindernisse lokaler Wettbewerbsfähigkeit – Ökonomie der Zeit

Die Unterschiede von Extraktions- und Produktionsweisen zeigen sich auch dann, wenn die Form der Konkurrenz analysiert wird (vgl. Schaubild 2). Sogenannte „like products" (in der Sprache des GATT-Vertrags) haben ganz unterschiedliche Charakteristika in Extraktions- und Produktionsökonomien: Extrahierte mineralische und energetische Rohstoffe sind fast immer und landwirtschaftliche Rohstoffe in der Regel ihrer naturgegebenen physischen und chemischen Eigenschaften wegen „like products". Die natürlichen Eigenschaften von Eisen beispielsweise mögen von Extraktionsort zu Extraktionsort hinsichtlich der Konzentration, der Reinheit, der Zugänglichkeit der Mine oder ihrer Reichhaltigkeit differieren. Doch wenn die Mineralien einmal extrahiert sind, hat das „like product" (FE) auf dem Weltmarkt einen einheitlichen Preis („single" und „spot" price). Dies ist die Grundlage für die globale Strategie der Industrieländer, möglichst viele Anbieter auf den Weltmarkt zu drängen, um die Versorgung der Nachfrager in jeder denkbaren Situation sicherzustellen. Die Wettbewerbsfähigkeit von Extraktionsgebieten ist also eine Konsequenz natürlicher Faktoren (des Ortes) und von Faktoren der Preisbildung (im globalen Raum). Doch letztere ist keineswegs Resultat unschuldiger Marktkräfte, sondern Resultat von Machtpolik.

Schaubild 2: Raum-Zeit-Regime von Extraktion, Produktion und Arbitrage

	Extraktion	*Produktion*	*Arbitrage*
Grundsätzliche Charakteristik	Natürliche Ausstattung mit Ressourcen	Wettbewerbsfähi g-keit künstlicher Standorte	Ausnutzung von Differentialen in der Zirkulation
Raum-Zeit-Regime	(natürlicher Ort) und globaler Raum	(künstlicher Ort, globaler Raum) und Zeit	Vernichtung von Ort, Raum und Zeit

Hinsichtlich der Form der Konkurrenz ist eine Extraktionsökonomie an Ort und Raum gebunden und daher Gegenstand der politischen Machtentfaltung, deren Basis und Rationale das Territorium ist. Für Produktionsökonomien sind jedoch Ort und Raum weniger wichtig als die Möglichkeit und Fähigkeit, die *Ökonomie der Zeit am Ort* zu verbessern, um im globalen *Raum* komparative Vorteile zu erringen. Ort- und Zeitregimes sind von den führenden Ökonomien bestimmt. Daher ist eine Veränderung dieser Regimes für Newcomer auf dem Weltmarkt fast ausgeschlossen. Die Anpassung an die vorherrschenden Raum- und Zeitregimes ist nicht einfach und

nicht ohne Kosten zu haben. Doch die Freiheitsgrade ökonomischer und politischer Akteure in Produktionsökonomien sind größer als unter den Bedingungen der Extraktion.

Die Strategien einer *Reduktion der Zeit* von Produktion und Zirkulation des Kapitals haben einen bedeutenden Einfluß auf die Gestaltung des Raums. Während in einer Extraktionsökonomie die Vorkommen von Ressourcen eine natürlich definierte Lokation haben, die nicht verändert werden kann,[10] hängt die Lokalisierung von Produktionsanlagen von einer Reihe von künstlichen Faktoren ab. Alle Investitionen werden unter dem Gesichtspunkt verglichen, inwieweit sie zur Verbesserung der Ökonomie der Zeit beizutragen vermögen. Die Zeitverringerung zählt als Anstieg der Produktivität und – ceteris paribus – der *Profitrate auf Kapitalanlagen*, orientiert sich also am *„benchmarking"* in der globalen Konkurrenz. Der *künstliche* soziale, politische und ökonomische Ort ist den Funktionsbedingungen der globalen Konkurrenz angemessener, weil er die notwendigen Verbesserungen der Ökonomie der Zeit, die durch die globale Konkurrenz erzwungen werden, eher gestattet als der natürliche Raum. Hier setzen, zumeist ohne die Voraussetzungen zureichend zu klären, moderne Theorien der „Wettbewerbsfähigkeit" (vgl. Messner 1995; Porter 1990) an. Der künstliche Ort im globalen Raum wird durch Nachfragefaktoren (Marktnähe), durch Angebotsfaktoren (Verfügbarkeit von Humankapital, Wissenschaft und Technologie), durch Agglomerationsfaktoren (Intensität von „industrial clusters", die Erzeugung „externer Ersparnisse") konstituiert. Metaökonomische Faktoren und politische Kompetenz spielen für die „künstliche" Gestaltung eines Standorts eine große Rolle. Das Ensemble aller dieser Faktoren ist als „Sozialkapital" bezeichnet worden (vgl. Putnam 1993; Staniszkis 1998; Tatur 1998). Die Qualität und Verfügbarkeit des „Sozialkapitals" ist ein außerordentlich wichtiger Faktor für private Akkumulationsstrategien. Die natürliche Ausstattung eines Standorts ist folglich weniger bedeutend als die künstliche Strukturierung des Standorts mit dem Ziel einer Verbesserung der Ökonomie der Zeit.

Eine Produktionsökonomie kommt nur dann zur Blüte, wenn sie am Standort im Rahmen des globalen Wettbewerbs konkurrenzfähig ist und bleibt. Am Produktionsort müssen Standards erfüllt werden, die den Charakter externer Sachzwänge haben. Dazu gehören der Preis der „like products" auf dem Weltmarkt, die technischen und Designstandards von Waren- und Dienstleistungen, die Konditionalität von Anleihen, der Wechselkurs der Währung etc. Diese externen Sachzwänge bilden das System ökonomischer Daten (des globalen Raums), das für eine erfolgreiche Produktionsökonomie (Standort) eherne Verbindlichkeit besitzt. Folglich geht es darum, jene Variablen zu identifizieren, die von ökonomischen, sozialen und politischen Akteuren am Standort beeinflußt werden können. Dies sind alle jene Verhältnisse und Faktoren, die auf die Lohnstückkosten wirken, also die Produktivität der Arbeit und die Arbeitskosten. Sie werden eine wichtige Bedingung bei der Herstellung und Sicherung der „systemischen Wettbewerbsfähigkeit".

Das monetäre *„interface"* ist jedoch keineswegs in der autonomen Verfügung der Standorte. Der Wechselkurs ist unter den Bedingungen eines Regimes flexibler Wechselkurse bei voller Konvertibilität der Währungen und umfänglichen Arbitrageaktivitäten im Arbitragekapitalismus nicht durch Entscheidungen nationaler Autoritäten am Standort beeinflußbar. Sogar mächtige Zentralbanken können die Spekulation gegen eine nationale Währung nicht aufhalten, wenn sie denn in Gang gekommen ist.[11] Die Daten über die Umsätze auf den globalen Devisenmärkten vermitteln einen Einfluß von der Macht der (monetären) Verhältnisse des globalen Raums. Täglich werden auf den internationalen Devisenbörsen etwa 1.600 Mrd. US-$ getauscht (vgl. OECD 1997). Weniger als 5 Prozent dieser Beträge werden für die Finanzierung des internationalen Handels oder realer Kapitalinvestitionen genutzt. Der Rest dient der Spekulation. Das *„interface"* zwischen der nationalen (lokalen und regionalen) Ökonomie und dem Weltmarkt, die Entwicklung der Zinsen und Wechselkurse, ist in Zeiten finanzieller Krisen (also hoher kurzfristiger Volatilität) möglicherweise wichtiger für die aktuelle Wettbewerbsfähigkeit eines Produktionsstandorts als die Lohnkosten und die Produktivität, die langfristig bedeutender sind. Um die *Geschwindigkeit* der Anpassung an Signale des Weltmarkts zu steigern, werden *erstens* lokale und nationale Märkte liberalisiert, dereguliert, flexibilisiert. *Zweitens* ist es besonders wichtig, die Kontinuität des Produktions- und Zirkulationsprozesses zu sichern, das heißt kostspielige Unterbrechungen von Produktion, Transport und Zirkulation der Waren im Interesse der Ökonomie der Zeit zu vermeiden.

Ort und Raum sind in Produktionsökonomien ein Hindernis der kurzfristigen Anpassung von Bedingungen der lokalen Kapitalverwertung an den Weltmarkt. In Extraktionsökonomien stammen die natürlichen Ressourcen von einem natürlichen Standort her.[12] Ohne Berücksichtigung der Verhältnisse des Ortes kann das in der Ressourcenextraktion angelegte Kapital gar nicht verwertet werden. In Produktionsökonomien können sich die (natürlichen und sozialen) Eigenschaften des (Stand-)ortes als Schranke für die Reduktion der Produktionszeit, für Kontinuität und Beschleunigung von Produktion und Zirkulation, das heißt für den Anstieg der Produktivität und der Profite erweisen. Strategien der Steigerung „systemischer Wettbewerbsfähigkeit"[13] laufen letztlich darauf hinaus, eine Verbesserung der Ökonomie der Zeit herbeizuführen, indem Hindernisse des natürlichen Raumes beseitigt werden, um einen neuen und künstlichen ökonomischen Raum zu erzeugen.

Allerdings ist es ausgeschlossen, den konkreten natürlichen und sozialen Ort gänzlich im Interesse einer abstrakten Ökonomie der Zeit auszulöschen. *Erstens* können die existierenden Pläne *(„maps")* von Ort und Raum in den Köpfen der Menschen nicht einfach ausgelöscht und ausgetauscht werden. Dafür sind nicht nur die natürlichen Bedingungen des Ortes ausschlaggebend. Die Substitution des natürlichen Orts, der so entscheidend für eine Extraktionsökonomie ist, durch den künstlich erzeugten sozialen, ökonomischen und politischen Raum ist ein komplexer Prozeß, zumal wenn bereits

eine gesellschaftliche, ökonomische und politische, zumeist gefühlsbeladene und identitätsvermittelnde Landkarte aus der Vergangenheit überliefert ist. Die Erstellung einer neuen Landkarte ist niemals nur ein intellektuelles, und erst recht kein ökonomisches Unternehmen. Es handelt sich dabei um einen konfliktgeladenen sozialen Prozeß. Probleme von Verteilung und sozialer Gerechtigkeit sind darin impliziert, die Destruktion und Konstruktion von Identitäten. Folglich ist es das eine, die Bedingungen des Anstiegs der Wettbewerbsfähigkeit *normativ* zu identifizieren. Etwas anderes sind die *analytischen* Studien, die sich mit den Hindernissen auseinandersetzen, die der Realisierung des normativ gesetzten Raum-Zeit-Regimes, das für die Verbesserung der Ökonomie der Zeit notwendig wäre, entgegenstehen.

Zweitens kommt hinzu, daß die Schaffung eines an die Herausforderungen und Bedingungen des globalen Raums angepaßten Standorts – vergleichbar der Extraktionsökonomie – auch den „Einfall" auswärtiger Wettbewerber erleichtert. Es ist ja keineswegs möglich, die Ausnutzung positiver Wirkungen der Ökonomie der Zeit lokalen Unternehmen vorzubehalten und auswärtige Wettbewerber davon abzuhalten, diese zu ihrem Vorteil zu nutzen, wenn erst einmal die Ökonomie gegenüber dem Weltmarkt geöffnet worden ist. Der ‚spatial fix' ist daher der Preis einer Eliminierung von räumlichen Grenzen (vgl. Harvey 1996, 412) und des Anstiegs der Ökonomie der Zeit. In einer offenen Weltwirtschaft wird auf diese Weise die Standortkonkurrenz verschärft, so daß die Wettbewerbsposition von Transformationsgesellschaften im Zuge der systemischen Transformation nicht unbedingt besser wird. Dies ist einer der Gründe, warum die wirtschaftliche Lage in der Mehrheit der Transformationsökonomien eher enttäuschend ist, wie die Daten der Entwicklung des Bruttoinlandprodukts und der Leistungsbilanz zeigen. Bis 1996 hat sich der offiziell gemessene Output in Transformationsländern mehr oder weniger stark verringert. In einigen Fällen beträgt die Verringerung mehr als 50 Prozent im Vergleich zu 1990. Poznansky (1995) prägt daher den Begriff der „postkommunistischen Rezession", um die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa und in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion nach 1989 zu kennzeichnen. Diese Rezession kann als Fehlschlag bei der Schaffung vergleichsweise wettbewerbsfähiger Produktionsstrukturen interpretiert werden. Freilich ist der Rückgang des Bruttoinlandprodukts in den mittel- und osteuropäischen Ländern weniger ausgeprägt als in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Seit 1996 sind in vielen Ländern wieder positive Wachstumsraten zu verzeichnen. Allerdings ist das Defizit der Leistungsbilanz in nahezu allen mittel- und osteuropäischen Ländern und in der GUS angestiegen. Es betrug insgesamt 18,4 Mrd. US-$ 1996 und wird nach IWF-Schätzungen 1998 33,6 Mrd. US-$ erreichen. Dies bedeutet, daß die externe Verwundbarkeit im Zuge der Transformation nicht reduziert werden konnte. Dies ist ein deutlicher Indikator für die Gleichzeitigkeit der Transformation des Standorts (der jeweils nationalen ökonomischen Systems) und der Integration in den globalen Raum (in den Weltmarkt) und für die Schwierigkeiten, mit Hilfe der „Ökonomie der Zeit" die Wettbewerbsposition des Standorts

„künstlich" zu verbessern. Eine defizitäre Leistungsbilanz und entsprechend hohe externe Verschuldung lösen kurzfristige Kapitalbewegungen aus, die – wie in Rußland und anderen Ländern Mittel- und Osteuropas – im Jahre 1998 eine schwere Finanzkrise verursacht haben. Die kurzfristige Arbitrage hat langfristig wirkende Effekte auf die Wettbewerbsfähigkeit von „Standorten".

Informalisierung

Die Folge ist, daß Sektoren der territorialen Wirtschaft, die die bei einer erfolgreichen Integration in den Weltmarkt einzuhaltenden benchmarks der Wettbewerbsfähigkeit nicht erfüllen, entweder ökonomisch untergehen oder die ökonomischen Aktivitäten auf andere Standards als die des Weltmarkts auszurichten gezwungen sind. Es entsteht der sogenannte *„informelle Sektor"*. Daß dieser in Transformationsökonomien eine beträchtliche Rolle spielt, läßt sich bei näherer Betrachtung der Daten über das Wachstum des Bruttoinlandprodukts ermessen. Die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung beziehen sich, wie könnte es anders sein, ausschließlich auf die formelle Ökonomie. Ein etwas genauerer Blick auf die Entwicklung von Produktion und Einkommen (in Preisgrößen) und ein Vergleich mit den Daten des Verbrauchs von Energie (in Mengengrößen) zur Produktion von Einkommen zeigt jedoch, daß in den meisten Transformationsgesellschaften der Verbrauch von elektrischer Energie nicht im gleichen Ausmaß zurückgegangen ist wie der monetär gemessene Output. Dies kann Ausdruck von Effizienzverlusten sein, der Elektrizitätsverbrauch kann in einer fordistischen (und daher „fossilistischen") Gesellschaft aber auch als Indikator der Entwicklung ökonomischer Aktivitäten benutzt werden.[14] Der tatsächliche Output muß also substantiell höher sein, als es die Daten ausweisen, wenn der Elektrizitätsverbrauch (Energieinput) weniger gefallen ist als der formell gemessene Output. In der Ukraine wird bei Berücksichtigung dieser Divergenz die Untergrund- oder Schattenökonomie mit 52 Prozent des offiziellen Bruttoinlandsprodukts angesetzt. In Rußland macht sie mindestens 40 Prozent des offiziellen Bruttoinlandsprodukts aus. In anderen mittel- und osteuropäischen oder GUS-Staaten, mit der Ausnahme von Usbekistan, dem einzigen GUS-Land (in dem die Industrieproduktion von 1990-1996 angestiegen ist) hat der Umfang der „Schattenökonomie" vergleichbare Ausmaße (vgl. die Daten von Johnson et al 1997 und EBRD 1997).

Diese postsozialistische Entwicklung – die „Schattenökonomie" (die „duale Ökonomie") unter der kommunistischen Herrschaft ist auf 15-25 Prozent des offiziellen Bruttoinlandsprodukts geschätzt worden (vgl. Feld/ Kirchgäßner 1995) – kann daher *erstens* als ein Fehlschlag der durchgängigen Errichtung wettbewerbsfähiger Produktionssysteme interpretiert werden. Die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen des Standorts wird durch Reduktion von Arbeitskosten (Niedriglöhne, Vermeidung von Soziallasten) und der Steuerbelastung erhalten, aber nicht durch produktive soziale

Strukturen erzeugt. Dies ist ein verbreiteter Begründungszusammenhang, der den Argumenten von Hernandez de Soto (1991) oder der Weltbank folgt, die die Ausmaße des informellen Sektors jeweils mit zu hoher Steuerlast, Rigiditäten des Arbeitsmarktes, mangelnder Qualität der öffentlichen Verwaltung, der Regulierungsdichte und anderem erklären.

Eine andere Argumentationslinie hebt *zweitens* die hohen Eintrittsbarrieren für die formelle Ökonomie hervor. Diese wird auch in den meisten Transformationsgesellschaften von Unternehmen beherrscht, die in der Lage sind, den Sachzwängen des Weltmarkts Rechnung zu tragen. Die Schattenökonomie oder der informelle Sektor hingegen produzieren für lokale und regionale Märkte, die vor dem Wettbewerb des Weltmarkts geschützt sind, oder sie fungieren als in hohem Grade abhängige „suppliers" für transnationale Konzerne, die gerade die niedrigen Lohnkosten auszunutzen bestrebt sind. Folglich werden Produktivkräfte für die lokale und regionale Produktion und nicht für wettbewerbsfähige Produktion zum Verkauf auf dem Weltmarkt genutzt. Hartwährungseinnahmen aus Exportüberschüssen bleiben aus.

Drittens muß der negative Einfluß informeller ökonomischer Aktivitäten auf den öffentlichen Sektor (und den Staatsapparat) von Transformationsgesellschaften in Betracht gezogen werden. Die kriminelle Seite[15] der Informalität übt einen desintegrativen Effekt auf die Gesellschaft aus, verhindert die Entstehung einer „zivilen Gesellschaft" und eines kompetenten Rechtsstaates. Ökonomische Informalisierung und politische Informalität unterminieren die sozialen und politischen Voraussetzungen der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit des Standortes im globalen Wettbewerb. Das Resultat ist *De-formation* anstelle von *Trans-formation* und zwar der *In-formalisierung* der Wirtschaft und Politik wegen.

Ein Aspekt der „Deformation" ist die Herausbildung einer Art „Staatsmonopolistischen Kapitalismus" wegen der Art und Weise, wie die Privatisierung in Mittel- und Osteuropa durchgeführt worden. Teilweise hat es sich dabei um die Aneignung von ehemals staatlichem beziehungsweise öffentlichem Eigentum durch ehemalige Manager oder Partei- und Staatsbürokraten gehandelt. In diesem Fall ist der Transformationsprozeß durch Privatisierung nichts anderes als die Umwandlung der Eigentumsrechte aus der Verfügung der „alten" in die der „neuen" Nomenklatura; die Personen sind nicht selten dieselben. In den meisten Fällen, in denen Eigentumsrechte in Voucherform oder in der Form von Belegschaftseigentum entstanden sind, ist dieses Eigentum wieder in Banken unter staatlichem Eigentum konzentriert worden, so daß sehr bald eine neue staatskapitalistische Form des privaten Eigentums entstanden ist. Diese Hybridform eines mittel- und osteuropäischen Kapitalismus ist als „politischer Kapitalismus" eines „rekombinierten Eigentums" bezeichnet worden (vgl. Burawoy/Krotov 1994; Tatur 1998).

Die „Designer" der Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa und der GUS haben hohe Wachstumsraten erwartet, wenn erst einmal die Marktkräfte durch die Errichtung privater Eigentumsrechte aus den Fesseln

der staatlichen Planung befreit sind. Doch wie bereits gezeigt werden konnte, hat sich diese Erwartung in den Jahren nach 1989 als eine Illusion herausgestellt. Der Grund dafür liegt auch in dem komplexen Beziehungsgeflecht zwischen privatem Eigentum und systemischer (bzw. struktureller) Wettbewerbsfähigkeit einer Produktionsökonomie. Das einzelne Privateigentum ist jeweils in ein soziales Netz von zusammenwirkenden Faktoren eingebettet. Privates Eigentum (und daher privates Kapital) ist folglich Teil des „Sozialkapitals" einer Gesellschaft. In der Mehrzahl der Privatisierungsfälle aber werden jene sozialen Netzwerke, die das Sozialkapital konstituieren und die für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit gerade benötigt werden, zerschnitten. Privates Eigentum konstituiert immer zwei Rechte: dasjenige der Appropriation und dasjenige der Exklusion. In Ostdeutschland ist die Zerstörung sozialer und ökonomischer Netzwerke so ausgeprägt gewesen, daß die „schöpferische" Seite der durchaus beabsichtigten Zerstörung der alten ererbten ökonomischen und sozialen Strukturen ausgeblieben ist und eine nichtbeabsichtigte tiefgreifende und weitreichende Deindustrialisierung stattgefunden hat. Der Übergang vom Plan zum Markt und zum „Clan", also zu einer Art politischem Kapitalismus, könnte folglich als die gesellschaftliche Antwort auf die destruktiven Konsequenzen der Privatisierung angesehen werden, auch wenn diese Reaktion in keiner Hinsicht als optimal bezeichnet werden kann. Vielmehr drückt sie aus, wie wichtig die Schaffung neuer sozialer und ökonomischer Netzwerke ist, wenn die im vorangegangenen Abschnitt beschriebene Steigerung der Ökonomie der Zeit zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und daher zur Stimulierung ökonomischer Aktivitäten und zur Verbesserung der Rentabilität der Unternehmen erreicht werden soll.

Der neu entstehende „politische Kapitalismus" in Mittel- und Osteuropa und in der GUS hat einiges mit Strukturen gemeinsam, die wir aus der Debatte während der ersten Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg über den „staatsmonopolistischen Kapitalismus" (Stamokap) kennen. Diese theoretische Debatte über die historische Phase des Stamokap kann möglicherweise einige Einsichten in die Dynamiken des „politischen Kapitalismus" der Transformationsgesellschaften vermitteln. Auf der einen Seite haben die Prozesse der Globalisierung die charakteristische Kollusion von privaten Unternehmen und öffentlicher Hand im Stamokap unterminiert, weil der Nationalstaat einen Teil seiner regulativen Kompetenz im Zuge der Globalisierung verloren hat. Auf der anderen Seite sind die Prozesse der Konzentration und Monopolisierung des Kapitals auf globaler Ebene noch intensiviert worden. 1997 haben die „mergers and acquisitions" auf globalen Kapitalmärkten die Rekordmarke von mehr als 1.600 Mrd. US-$ erreicht (NZZ vom 24.12.1997; Financial Times vom 13.02.1998). Dieser Prozeß der globalen Konzentration kann als eine weitere Monopolisierung des Kapitals interpretiert werden, jedoch nicht als *staats*monopolistischer Kapitalismus. In Mittel- und Osteuropa und der GUS kommt jedoch der staatsmonopolistische Kapitalismus teilweise zurück. In Rußland etwa sind private Banken nach dem Scheitern der ersten Runde der Privatisierung

dabei, sogenannte industrielle Finanzgruppen (FIGs) zu errichten, die als große monopolistische Konglomerate fungieren. 1996 betrug die Anzahl der FIGs 46, die ungefähr 700 Unternehmen umfaßten. Mehr als 4,5 Prozent der ökonomisch aktiven Erwerbspersonen wird von FIGs beschäftigt, und ihr Beitrag zum offiziellen BIP macht 4 Prozent aus (DIW-Wochenbericht 19/1997). Die Rekonstruktion der sozialen und ökonomischen Netzwerke, die durch die Privatisierung zerschnitten worden sind, läßt also Strukturen entstehen, die dem ehemals existierenden Sozialismus durchaus ähnlich sind. Ein entscheidender Unterschied bleibt allerdings. Im Stamokap gibt private Aneignung die Regeln vor, während es unter dem real-existierenden Sozialismus die staatlich vermittelte Umverteilung war.

Die Transformation zum „Arbitragekapitalismus" oder die Ausnutzung von Differentialen in Zeit und Raum

Zirkulationsgeschäfte beruhen im Prinzip auf der Ausnutzung von Zeitdifferentialen im Raum und Raumdifferentialen in der Zeit. Geschäfte, die dieser Logik einer tendenziellen „Vernichtung" von Zeit und Raum folgen, haben heute globale Reichweite, und die Praxeologie der Führung von Arbitragegeschäften ist es wert, den Nobel-Preis für Ökonomie einzuheimsen. Neoklassische Ökonomen erwarten von den Arbitrageaktivitäten einen Ausgleich der Preise und Zinsen auf verschiedenen räumlich und zeitlich segmentierten Märkten. Eine der Konsequenzen von Arbitrage ist daher die tendenzielle Globalisierung der Preise und Zinsen für Produzenten in allen Weltregionen, obwohl die *lokalen* Bedingungen der Produktion und daher der Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit von Standort zu Standort sehr verschieden sind. Arbitrage sorgt dafür, daß auch das Kapital auf globalisierten Märkten ein *„like product"* wird, das einen einheitlichen Preis besitzt: in der Zeit den Zinssatz und im *intermonetären Raum* den Wechselkurs.

Nicht alle Standorte vermögen den externen Restriktionen Rechnung zu tragen. Die naive Vorstellung von Nullsummenspielen, die die *Arbitrageurs* spielen, trifft nicht zu. Umverteilung durch Arbitrageprozesse findet auf verschiedenen Ebenen und zwischen unterschiedlichen Sektoren statt: von der öffentlichen Hand zu privaten Geldvermögensbesitzern; von privaten Schuldnern zu privaten Gläubigern; innerhalb von Ländern und zwischen verschiedenen Ländern; von jenen, die nur über ihre Arbeitskraft verfügen, zu jenen, die Geldvermögen haben. Infolgedessen verringert Arbitrage keineswegs die Differenzen der Einkommen und Vermögen. Im Gegenteil, sie werden ausgedehnt, so daß durch Arbitrage jeweils die nächsten Runden der Arbitragespekulation provoziert werden. Daher kommt auf Kapitalmärkten Arbitrage niemals zu einem Abschluß. Die neoklassische Annahme, daß nach einer Periode des „Suchens" nach dem „richtigen" Preis eine Art Gleichgewicht gefunden werden könnte, läßt sich weder theoretisch begründen noch empirisch halten. Die schweren Finanzkrisen der vergangenen Jahren haben dies gezeigt.

Arbitrageaktivitäten in der Zirkulation des Kapitals bedeuten eine wei-

tere Abstraktion von den räumlichen und zeitlichen Bedingungen, die in Extraktions- beziehungsweise Produktionsökonomien herrschen. Ein raum- und zeitloses ökonomisches System ist sicherlich undenkbar, aber der Arbitragekapitalismus folgt dieser Logik der Abstraktion von Raum und Zeit. Geld scheint mehr Geld zu produzieren, ohne daß ein Extraktions- oder Produktionsprozeß, in dem Arbeit ausgebeutet und Natur vernutzt werden, interferieren würden. Daher ist der Arbitrageprozeß sehr gut mit der Marxschen Formel des Geldkapitals zu umschreiben (G – G'). Materielle Prozesse von Extraktion oder Produktion, die örtlich gebunden sind, kommen in dieser Formel nicht mehr vor: Geld erzeugt mehr Geld, basta.

Arbitrage war charakteristisch für den vorindustriellen Handelskapitalismus. Profite entstanden durch bloßen Austausch im Zirkulationsprozeß ohne zeit- und raumintensive Produktionsprozesse. Für das Handelskapital waren der Produktionsprozeß beziehungsweise die Extraktion des Materials ohne Bedeutung. Arbitrage ist daher sehr konservativ. Durch Arbitrageaktivitäten werden nämlich keine Veränderungen der Produktionsweise oder eine Innovation ihrer technischen Basis und der sozialen Organisation provoziert. Arbitragesysteme sind außerordentlich ausbeuterisch im Hinblick auf die Arbeit und die Natur. Sie sind destruktiv für Gesellschaften, die ihr Opfer werden. Die industrielle Revolution, in der Naturstoffe mit Hilfe fossiler Energieträger und entsprechender technischer Energiewandlungssysteme und der sozialen Form der kapitalistischen Produktion in Waren transformiert worden sind, war daher eine zivilisatorische Innovation gegenüber der ausbeuterischen und konservativen handelskapitalistischen Form der ursprünglichen Akkumulation. Dies haben Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest" von 1848 geradezu emphatisch betont.

Am Ende des 20. Jahrhunderts kehren selbst die entwickeltsten kapitalistischen Gesellschaften zu einer *neuen Form von Arbitragekapitalismus* zurück, der durch die Finanzinnovationen und das ungestüme Wachstum der Finanzmärkte begünstigt wird. Dieser Arbitragekapitalismus ist ähnlich ausbeuterisch wie der vorindustrielle Handelskapitalismus, jedoch mit größerer, das heißt globaler Reichweite. In der Welt des Arbitragekapitalismus haben die Zirkulationsketten eine hierarchische Ordnung. An der Spitze finden wir die großen und mächtigen Akteure des internationalen Finanzsystems, die die Differentiale von Zinsen, Wechselkursen und Quotierungen an den Börsenplätzen in der gesamten Welt ausnutzen. Sie bewegen gewaltige Kapitalsummen von einem Ort zum anderen, um kleinste Differentiale im globalen Raum auszunutzen. Die Computer-Programme, die diesen Prozeß steuern, haben das Nobel-Komitee so beeindruckt, daß sie dafür den Nobel-Preis an Scholes und Merton vergeben haben. Doch mit den Programmen werden Währungs- und Finanzkrisen ausgelöst, die den von den Nobelpreisträgern berateten Hedge-Fonds an den Rand eines zig-Milliarden Zusammenbruchs bringen und sogar große Ökonomien in Mitleidenschaft ziehen – und selbst große Spekulanten wie George Soros (1998) zum Nachdenken über die Notwendigkeit eines globalen Gesellschaftsvertrags veranlassen.

Auch auf Warenmärkten finden Arbitragegeschäfte statt. Sie haben einen speziellen Namen: Outsourcing. Teile können auf externen Märkten eingekauft werden, so sie zu niedrigeren Kosten angeboten werden, als das Unternehmen selbst sie produzieren kann. Einzelteile eines komplexen Produkts sind also „like products", und infolgedessen sind Preisdifferentiale für die Entscheidungen des Managements von größter Bedeutung. Arbeitskräfte werden aufgrund von Kalkulationen, die der Logik der Arbitrage folgen, eingestellt oder entlassen.

Auf dem niedrigsten Niveau des Arbitragekapitalismus finden wir die kleinen Händler, die Waren an einem Ort einkaufen, um sie an einem anderen Ort mit einem kleinen Gewinn wieder zu verkaufen. Diese Form eines Arbitragekapitalismus ist in Transformationsökonomien sichtbar und macht einen Teil der informellen Ökonomie aus: auf informellen Marktplätzen, in den Zügen und Flugzeugen, die West- und Osteuropa verbinden, oder in den großen Touristenhotels. Sie nutzen das west-östliche Preis- und Qualitätsgefälle aus. Einen Teil ihres Startkapitals erhalten sie häufig von Leuten, die der Mafia angehören (vgl. Karol 1997). So wird die illegale Geldwäsche durch legale Aktivitäten in einer offenen Weltwirtschaft verborgen. Arbitrage muß natürlich nicht kriminell sein, aber der Schritt von gewinnträchtigem Handel legaler Güter und Dienste zu kriminellen Aktivitäten, zum Beispiel Schmuggel und Handel von illegalen Gütern, ist nicht sehr groß und in der Regel wegen der höheren Gewinnspannen sehr attraktiv. Da Arbitrageaktivitäten auf allen Ebenen und in allen Regionen des kapitalistischen Weltsystems zugenommen haben, ist es naheliegend, daß auch kriminelle Aktivitäten an Bedeutung gewonnen haben (Drogenhandel, Waffenhandel, illegale Migration, Prostitution, Geldwäsche etc.). Es ist keineswegs verwunderlich, daß die Menschen in Transformationsökonomien in nicht geringer Zahl der Entwicklungsbahn des Arbitragekapitalismus folgen. Informelle Aktivitäten und Arbitragekapitalismus passen gut zusammen. Ihr großer Vorzug ist darin zu sehen, daß alle jene Probleme vermieden werden, die eine physische und soziale, also künstliche Restrukturierung des Ortes zum Zweck der Ökonomisierung der Zeit verlangen. Die Verlagerung auf Aktivitäten in der Zirkulationssphäre verspricht schnelle Gewinne, ohne dazu gezwungen zu sein, das soziale, ökonomische und politische System zu ändern, somit auch das soziale Zeit- und Raumregime einem Wandlungsprozeß zu unterwerfen. Arbitrage hat folglich, wenn man bilanziert, negative Wirkungen auf die Herausbildung einer wettbewerbsfähigen Produktionsökonomie.

Denn Arbitrage ist *erstens* eher auf kurzfristige Geschäfte ausgerichtet und unterstützt daher kurzsichtige und nicht langfristige Akkumulationsstrategien. *Zweitens* trägt Arbitrage zur Destabilisierung der Wechselkurse bei und unterminiert mithin die ökonomische Stabilität, die für die langfristige Planung von Investitionen privater Unternehmen so bedeutsam ist. *Drittens* verringert die Arbitrage keineswegs die Differentiale auf dem Weltmarkt, sie steigert vielmehr die Risiken der Kapitalinvestitionen, statt sie zu verringern. Dies ist einer der wichtigsten und dauerhaften Gründe

dafür, daß die realen Zinssätze auf den globalen Märkten nicht sinken, und daher die Investitionstätigkeit in produktive Anlagen so gering ist. *Viertens* zwingt die Arbitrage ökonomische Akteure in die informelle Ökonomie, weil dies der einzige Ort ist, wo es möglich zu sein scheint, der harten Budgetrestriktion der globalen Standards entgehen zu können. Doch der informelle Sektor selbst ist eine Quelle von Arbitrageaktivitäten, zumeist auf niedrigem Niveau. Daher tragen die „Opfer" der Arbitrage zu ihrer Aufrechterhaltung bei. Die Wirkung der Arbitrage auf die Bedingungen der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts der Produktion im globalen Wettbewerb ist negativ – von der höchst kriminellen, mafiösen Geschäftstätigkeit bis zum harmlosen informellen Straßenverkauf. Arbitrageaktivitäten sind somit ein Hindernis für die erfolgreiche Transformation der mittel- und osteuropäischen und GUS-Gesellschaften.

Anmerkungen

1 Der Nobelpreis ist an Robert C. Merton und Myron Scholes für eine „neue Methode der Bestimmung des Werts von Derivaten" vergeben worden. Mit dieser finanzmathematischen Methode sollen Risiken bei Optionsgeschäften bis auf Null reduziert werden. Bei der Verleihung des Nobelpreises 1997 wurde auch auf die praktische Bedeutung der Methode verwiesen. „Tausende von Händlern – gemeint sind Wertpapierhändler (EA) – verwendeten Formel, auch indem sie speziell programmierte Computer nutzen, ...tagtäglich und in allen Weltgegenden" (vgl. Laudatio der Schwedischen Akademie der Wissenschaften auf Merton und Dcholes bei der Verleihung des Nobel-Preises: http://www.nobel.se/Announcement-97/ecoback97.html). Dort finden sich auch die einschlägigen Literaturangaben, ein Schriftenverzeichnis und *links* für interessierte Leser.

2 Um eine Lawine von Zusammenbrüchen ähnlicher Fonds zu vermeiden, sind von 16 Banken, darunter auch deutsche und schweizerischen Banken, auf Druck des Federal Reserve System der USA kurzfristig 3,5 Mrd US$ zur Rettung des „Long Term Capital Management"-Fonds aufgebracht worden (vgl. Time, 5. Oktober 1998: „The Brightest and the Brokest"). Da der Fonds gezwungen ist, Anlagen zu liquidieren, sind im weiteren Verlauf der Krise Währungen, vor allem das britische Pfund in Mitleidenschaft gezogen worden. Denn britische Bonds sind in großem Stil verkauft worden, so daß der Pfundkurs unter Druck geraten ist. Hier wird einerseits schlaglichtartig die Macht privater Kapitale sichtbar. Es ist auch möglich, die Konsequenzen, die Entscheidungen von Fonds-Managern für ganze Nationen haben können, zu erahnen. Deutlich wird aber auch die neue Qualität der Globalisierung. Bislang sollten die Zentralbanken die Rolle des *„lenders of last resort"* spielen. Jetzt übernimmt keine offizielle Institution diese Aufgabe, sondern ein privates Konsortium von privaten Banken. Freilich ist das Konsortium nur durch Druck des „Federal Reserve System" der USA zustande gekommen und es ist keineswegs ausgeschlossen, daß die möglichen Verluste der Rettungsaktion nicht doch sozialisiert werden, indem sie den Sparern oder Steuerzahlern aufgebürdet werden.

3 Mit den daran anschließenden Fragen der westlichen Hegemonialordnung kann ich mich hier nicht auseinandersetzen; vgl. Altvater 1991.

4 Die Begriffe „Transformation" bzw. Transformationsgesellschaft und „Transition" werden hier keineswegs synonym verwendet. Der Begriff der Transition erfaßt nur den Übergang von einer Form zur anderen, von „dort" nach „hier" und impliziert daher das reduzierte theoretische Programm der Transitionsforschung, das das „hier", also das

institutionelle System der modernen westlichen Gesellschaften, nicht in Frage stellt. Der Begriff der Transformation hingegen verweist explizit auf den Formwandel, der beim Übergang vom „real existierenden Sozialismus" zur *kapitalistischen Marktwirtschaft*, zum parlamentarisch-demokratischen System und zur pluralistischen Gesellschaft stattfindet. Der Formwandel ist kein Automatismus wie die Transition, die mit einem „big bang" oder gradualistisch, auf jeden Fall aber alternativlos stattfinden soll, sondern nur als konfliktreicher gesellschaftlicher Prozeß zu konzipieren. Daher ist die Vorstellung von einem Transitionspfad völlig ausgeschlossen; es gibt, wenn man den Begriff der Transformation ernst nimmt, diese nur im Plural. Besonders wichtig ist aber auch, daß die Transformation im Osten auch im „Westen" einen Formwandel auslöst, der in der Transitionsforschung völlig ausgeblendet wird. Dies spätestens macht die Sparte der sozialwissenschaftlichen Transitionsforschung so fruchtlos.

5 Diese Gefahr könnte freilich nur durch Regulation der Welt(finanz)märkte behoben werden. Wie dies geschehen könnte, kann an dieser Stelle nicht weiter diskutiert werden.

6 Es wäre interessant, den Zusammenhang von neoliberalem Denken („pensée unique"), Wirtschaftspolitik der Deregulierung und Privatisierung, der Orientierung wirtschaftlicher Entscheidungen am „shareholder value" und der die Entropie steigernden Arbitrage zu diskutieren. Dabei könnte gezeigt werden, daß mit der Auflösung der Vielfalt und der Herstellung eines (zumindest gedachten) allgemeinen Gleichgewichts der abrupte Absturz in ein Chaos der Krise notwendig verbunden ist. An diesem Thema wird sich in Zukunft sozialwissenschaftliche Forschung abarbeiten müssen, um zu begreifen, was derzeit auf Finanzmärkten und in von der Krise besonders betroffenen Gesellschaften geschieht.

7 Die Literatur zur „Regulationstheorie" ist schoon deshalb so umfangreich, daß nur einige Titel ausgewählt werden können, weil ihr Gegenstand schwer einzugrenzen ist. Einen guten Überblick geben Mahnkopf (1988); Jessop (1995); Demirovic/Krebs/Sablowski 1992.

8 „Unterentwicklung" ist kein in absoluten Kategorien zu bezeichnender oder gar zu messender Zustand, sondern relativ. Der Begriff der „Unterentwicklung" relationiert demnach ein Land oder eine Region zu den von den „entwickelten" Regionen oder Ländern vorgegebenen Standards. Er impliziert also immer ein „benchmarking", macht also nur Sinn, wenn die „global scale" beachtet wird.

9 Dies war ohne Zweifel in der ersten Industrialisierungwelle im 19. Jahrhundert anders. Die Ressourcenausstattung einer Region war sehr wohl für die Ansiedlung von Industrien entscheidend. Die zeitliche Differenzierung verweist erneut auf die Bedeutung von *Zeit* und *Raum* der Integration in den Weltmarkt für den Erfolg von Modernisierungsanstrengungen.

10 Eine Mine kann aufgegeben, die landwirtschaftliche Produktion eingestellt werden, wenn konkurrierende Lokationen „like products" billiger anbieten. Die Lokation der Rohstoffextraktion kann aber in aller Regel nicht so transloziiert werden wie eine Fabrik, die im Zuge von „Kapitalflucht" von einem Ort zu einem anderen verlagert wird.

11 Die Bank of England hat die Attacke von Soros 1992 nicht abwehren können und war gezwungen, aus dem europäischen Währungssystem auszusteigen. Sie hat die Verluste der Barings Bank mittragen müssen und sie ist gezwungen, die Verluste des Hedge Fund LTCM durch Käufe zu Kursstützung auf diese Weise zu sozialisieren. Die USA haben Mexiko 1994/95 mit milliardenschweren Krediten helfen müssen, damit US-amerikanische Pension Funds nicht Pleite gehen. Es gibt viele Beispiele mehr. Solange keine Regeln gegen die *kurzfristige Spekulation* vereinbart werden, können Zentralbanken wenig gegen massive kurzfristige Kapitalbewegungen ausrichten.

12 Der natürliche Standort ist freilich ein Moment des globalen Raums; und aus diesem Grunde wird auch die „natürliche Natur" in eine „künstliche kapitalistische Natur" verwandelt.

13 Auf die umfängliche Literatur kann hier nicht eingegangen werden. Vgl. daher vor allem Messner 1995, der die Diskussion systematisch zusammenfasst.

14 Es ist durchaus kontrovers, ob die Länder Mittel- und Osteuropas und der GUS als „fordistisch" bezeichnet werden können. Entsprechend den Analysen von Robin Murray (1990) ist in der ehemaligen Sowjetunion eine Art „halber Fordismus" realisiert worden. Die Zielsetzung der Etablierung eines fordistischen Regimes ist unbestritten (vgl. auch Altvater 1991).

15 Luciano Violante, der Präsident des italienischen Parlaments und ehemaliger Präsident der italienischen Anti-Mafia-Kommission, sprach in einer Rede in Triest im Oktober 1997 über einen „vierten Weltkrieg", der gegen die verschiedenen Mafias geführt werden müsse. Das kriminelle Netzwerk bewege an die 500 Mrd. US-$ oder 2 Prozent des globalen Sozialprodukts (vgl. Il manifesto vom 26.10.1997).

Literatur

Altvater, Elmar, 1982: La teoria del capitalismo monopolistico di Stato e le nuove forme di socializzazione capitalistica. In: Storia del Marxismo 4, Il marxismo oggi. Torino

Altvater, Elmar, 1987: Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung – der Fall Brasilien. Hamburg

Altvater, Elmar, 1991: Die Zukunft des Marktes. Münster

Altvater, Elmar /Mahnkopf, Birgit, 1996: Grenzen der Globalisierung. Politik, Ökonomie und Ökologie in der Weltgesellschaft. Münster

Aslund, A., 1995: How Russia Became a Market Economy. Washington D.C.

Bologna, Sergio, 1998: Trasporti e logistica come fattori di competitività di una regione. In: Perulli, P., ed.: Neoregionalismo – L'economia-arcipelago. Torino

Bunker, Stephen, 1985: Underdeveloping the Amazon. Extraction, Unequal Exchange and the Failure of the Modern State. Urbana/Chicago

Burawoy, Michael/ Krotov, Pavel, 1994: The Economic Basis of Russia's Political Crisis, in: New Left Review, No. 198. London

Cardoso, Fernando Enrique/ Faletto, Enzo, 1977: Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika. Frankfurt/M.

Commission On Global Governance, 1995: Our Global Neighbourhood. Oxford

De Soto, Hernan, 1991: The Other Path. The Invisible Revolution in the Third World. New York

Demirovic, Alex et al. (Hrsg.), 1992: Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß. Münster

Deutsche Bundesbank, 1997: Monatsberichte, November. Frankfurt/M.

EBRD, 1997: Transition Report 1997 (German: Reformbericht Osteuropa, Baltikum, GUS). London/Bonn

Feld/Kirchgässner, 1995: Schattenwirtschaft und die Transformation osteuropäischer Länder. In: Nord-Süd aktuell.

Harvey, David, 1996: Justice, Nature & the Geography of Difference. Oxford

ILO, 1997: World Labour Report 1997-98. Geneva

IMF, 1997: World Economic Outlook, October. Washington D.C.

Johnson et al., 1997: Politics and entrepreneurship in transition economies, Working Paper Series, No. 57, The William Davidson Institute, University of Michigan.

Karol, K. S., 1997: Der Sozialismus geht, die Gesetzlosigkeit bleibt und die Mafia kommt. In: Le Monde Diplomatique (deutsche Ausgabe), August. Berlin/Zürich

Kreikemeyer, Anna, 1998: Konflikt und Kooperation in der Kaspischen Region: Russische Interessenlagen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 43-444. Bonn

Krugman, Paul, 1995: Dutch Tulips and Emerging Markets. In: Foreign Affairs, No. 4.
Kunze, Marion, 1997: Informelle Wirtschaft und informeller Außenhandel in der Russischen Föderation/GUS. Berlin
Luttwak, Edward N., 1994: Weltwirtschaftskrieg. Export als Waffe. Reinbek b. Hamburg
Marx, Karl, 1970: Das Kapital, Band 1, Der Produktionsprozeß, MEW 23. Berlin
Müller, Klaus, 1998: Totalitarismus, Modernisierung und Transformation. Habilitationsschrift, FU-Berlin
Messner, Dirk, 1995: Die Netzwerkgesellschaft. Wirtschaftliche Entwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit als Probleme gesellschaftlicher Steuerung, Köln
Murray, Robin, 1990: Fordismus und sozialistische Entwicklung. In: Prokla , H. 81. Münster
Offe, Claus, 1994: Der Tunnel am Ende des Lichts. Frankfurt/ M.
Porter, Michael, 1990: The Competitive Advantage of Nations. London
Poznanski, Kazimierz Z., 1995: Institutional Perspectives on Postcommunist Recession in Eastern Europe. In: ibid. (ed.): The Evolutionary Transition to Capitalism, Boulder/San Francisco
Przeworski, Adam, 1995: Ökonomische und politische Transformationen in Osteuropa: Der aktuelle Stand. In: Prokla, H. 98. Münster
Putnam, R D. (with R. Leonardi and R Y. Nanetti), 1993: Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy. Princeton
Smith, N., 1992: Geography, difference and the politics of scale. In: Doherty, J. et al. (eds.), Postmodernism and the social sciences. London
Soros, George, 1998: La Crise du capitalisme mondial. Paris
Staniszkis, Jadwiga, 1995: In search of a Paradigm of Transformation. In: Wnuk-Lipinski, E. (ed): After Communism. A Multidisciplinary Approach to Radical Social Change. Warsaw
Staniszkis, Jadwiga, 1998: Postkommunismus: Versuch einer soziologischen Analyse. In: Prokla, H. 112. Münster
Stark, David, 1994: Nicht nach Design: Rekombiniertes Eigentum im osteuropäischen Kapitalismus In: Prokla, H. 94. Münster
Stark, David, 1996: Recombinant property in East European capitalism. In: American Journal of Sociology. No. 101.
Tatur, Melanie, 1998: Ökonomische Transformation, Staat und moralische Ressourcen in den post-sozialistischen Gesellschaften. In: Prokla, H. 112. Münster
Tilton. J. (ed.), 1992: Mineral Wealth and Economic Development. Ressources for the Future. Washington D.C.
Transparency International, 1997: The Fight Against Corruption. Is the Tide Now Turning. Transparancy International (TI) Report. Berlin